

KURT BECK

Ministerpräsident
Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

[STARTSEITE](#)
[AKTUELLES](#)
[PORTRAIT](#)
[STANDPUNKTE](#)
[WAHLKREIS](#)
[MEDIATHEK](#)
[KONTAKT](#)

Sie sind hier: [Startseite](#) > [Aktuelles](#)

30.05.06

Vorwärts

Der neue SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck erklärt den Sozialstaat der Zukunft und warum die SPD sich wieder mehr um die kleinen Leute kümmern muss. Über Mindest- und Kombilöhne, über pädagogisch gute Kindergärten und -tagesstätten, Qualitätskontrollen an Schulen, über eine Mehrwertsteuererhöhung und die Idee einer Bürgergesellschaft ein Interview.

In den Leitsätzen für ein neues Grundsatzprogramm ist von einer „neuen sozialen Übereinkunft“ die Rede. Was ist damit gemeint?

Das gilt für den Staat und die Bürger, aber auch innerhalb der Partei. Es geht darum, dass wir den Gedanken der sozialen Marktwirtschaft erneuern und uns klar gegen die abgrenzen, die die Ökonomie über alles setzen.

Sind die Unternehmer Teil der Übereinkunft?

Wer in Deutschland ein Unternehmen betreibt, hat Verantwortung dafür, dass das Unternehmen erfolgreich ist, aber auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Standort, an dem er produziert.

Also keine Löhne mehr unter dem Existenzminimum?

Wer nicht aus gesundheitlichen oder anderen Gründen zusätzliche Leistungen bezieht, muss von seiner Arbeit leben können.

Konkret, wann kommt der Mindestlohn?

Franz Müntefering hat für den Herbst dieses Jahres einen Vorschlag angekündigt. Ich halte Mindest- und Kombilöhne in bestimmten Branchen für sinnvoll.

In den Leitsätzen zur Programmdebatte ist vom „vorsorgenden Sozialstaat“ die Rede. Was müssen wir uns darunter vorstellen?

Wir sollten nicht das Eintreten des Problemfalls abwarten, um dann zu helfen, sondern - wo immer es geht - den Problemfall vermeiden.

Was kann der vorsorgende Sozialstaat für die 80 000 Schüler tun, die jedes Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen, ein großer Teil Migranten, die auf dem Arbeitsmarkt fast keine Chancen haben?

Es gilt, die Kinder, beginnend in den Kindertagesstätten, auf die Grundschule vorzubereiten. Ich bin dafür, dass es flexibel geöffnete und pädagogisch gute Kindergärten oder Kinder- tagesstätten gibt. Ich bin sehr für flächendeckende Ganztagsangebote. Das ist übrigens auch ein Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

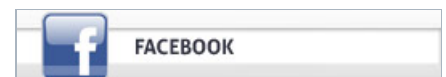
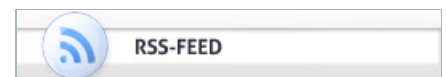
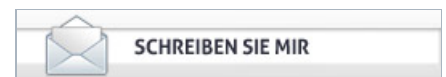
Auch in schwierigen Stadtteilen gibt es Schulen mit guten Pisa-Ergebnissen und solche mit miserablen. Mir scheint, das Problem sind nicht die Kinder, es sind die Schulen. Hier ist der Staat gefragt. Wir haben in Rheinland-Pfalz beispielsweise eine Qualitätskontrolle geschaffen. Wir sehen, wo die Schulen stehen und können nachsteuern, ob mit Sozialpädagogen oder zusätzlichen Lehrkräften, hängt vom Einzelfall ab.

Was bedeutet vorsorgender Sozialstaat für den über 50-Jährigen, der keinen Job findet?

Für mich ist es sehr wichtig, dass Arbeitnehmer nicht mit 50 abgeschoben werden. Wir brauchen die Erfahrung und das Wissen aller Generationen. Ein Programm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von über 50-Jährigen will die Bundesregierung noch vor der Sommerpause vorlegen.

All das gibt es nicht zum Nulltarif. Aber drei Viertel aller Ausgaben im Bundeshaushalt sind festgelegt: für Soziales, Zinsen, Personal. Wo kann man umschichten?

Natürlich kostet das Geld, aber es ist langfristig nicht teurer. Ein Beispiel: Wenn ein Kind in ein Heim kommt, weil die Eltern nicht schaffen, es zu erziehen, kostet es sechs-, siebentausend Euro im Monat.



Mit rechtzeitiger Familienhilfe könnten wir das womöglich verhindern. Barrierefreies Bauen kann es Menschen ermöglichen, bis ins hohe Alter in ihrer Wohnung zu leben. Wir müssen schrittweise in solche Veränderungen einsteigen.

Also Fahrstuhl statt Altenheim?

Das ist vereinfacht, aber wahr. Wenn jemand mit entsprechender Unterstützung in seiner Wohnung bleiben kann, ist das finanziell meist günstiger als ein Heimplatz. Aber ich finde, man darf das nicht nur unter ökonomischen Aspekten sehen, sondern vor allem unter menschlichen.

Wozu brauchen wir die Mehrwertsteuererhöhung?

Keiner von uns wollte eine Mehrwertsteuererhöhung. Aber die finanzielle Situation des Staates zwingt uns dazu.

Müssen wir uns auch mehr als zuvor fragen, was die Solidargemeinschaft leisten muss und was von dem Einzelnen verlangt werden kann?

Solidarität wäre dann sicher falsch interpretiert, wenn jemand sagt, helf mir, ohne dass er das leistet, was er zu leisten vermag. Jeder muss für sich selber Verantwortung tragen. Aber er muss aufgefangen werden, wenn er das nicht kann.

Müssen die Bürger auch mehr Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen?

Ich werbe sehr für die Idee einer Bürgergesellschaft. Bei der Pflege eines Menschen wird es immer die Fachpflege und die ärztliche Versorgung geben. Aber dass ein Mensch noch Kontakte hat, dazu können die Mitmenschen ihren Beitrag leisten.

Kann man so ein Engagement vorschreiben?

Nein, aber besser organisieren. Man kann eine Kultur der Anerkennung schaffen, Risiken absichern. Wir haben in Rheinland-Pfalz für alle ehrenamtlich Tätigen eine Unfall- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Ich habe mich gerade mit der Hospizbewegung intensiver befasst. Es ist erstaunlich, wie viele junge Menschen sich dort engagieren.

Du bist der dritte SPD-Vorsitzende in gut zwei Jahren. Wo wirst du deine Schwerpunkte setzen?

Wir müssen wieder Zuwendung vermitteln und die Sorgen und Nöte der Menschen aufnehmen. Vor allem die Menschen, die nicht ganz oben stehen, müssen verstehen, dass wir für sie da sind. Dafür werde ich arbeiten. Ich will aber auch niemandem etwas vormachen. Deshalb müssen wir den Weg der Erneuerung unseres Landes weitergehen.

Interview: Susanne Dohm

[Zurück](#)